

Niederschrift

SOZ/025/2025

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Sozialausschusses
der Stadt Rheine
am 21.05.2025

Die heutige Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Saal des Stadtparkrestaurants Rheine.

Anwesend als

Vorsitzende:

Frau Dr. Gertrud Hovestadt	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied/Vorsitzende
----------------------------	-----------------------	--------------------------

Mitglieder:

Frau Maria Abakar-Kadade	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Sachkundige Bürgerin
Herr José Azevedo	CDU	Ratsmitglied/1. Stellv. Vorsitzender
Herr Alexander Burmeister	CDU	Ratsmitglied
Frau Evelyn Eggenkämper	BfR	Sachkundige Bürgerin
Frau Melanie Ehrhardt	CDU	Ratsmitglied
Frau Annette Floyd-Wenke	DIE LINKE	Ratsmitglied
Herr Ralf Gissel	FDP	Sachkundiger Bürger
Herr Udo Hewing	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Frau Yvonne Köhler	SPD	Ratsmitglied
Herr Hans-Hermann Kwiecinski	SPD	Sachkundiger Bürger
Frau Tatjana Lücke	SPD	Sachkundige Bürgerin
Herr Günter Maaß	CDU	Ratsmitglied
Herr Tobias Mersch	CDU	Sachkundiger Bürger
Frau Elisabeth Meyer	CDU	Sachkundige Bürgerin
Herr Manoharan Murali	SPD	Ratsmitglied/2. Stellv. Vorsitzender
Frau Helga Niedoba	CDU	Sachkundige Bürgerin
Herr Rainer Ortel	UWG	Ratsmitglied
Frau Birgitt Overesch	CDU	Ratsmitglied
Herr Friedrich Theismann	CDU	Sachkundiger Bürger

beratende Sachkundige Einwohner:

Frau Emine Dursun	SPD	Sachkundige Einwohnerin f. Integrationsrat (ab 17:13 Uhr - TOP 8)
Frau Sophia van Es		Sachkundige Einwohnerin f. Seniorenbeirat

Vertreter:

Herr Waldemar Vogel	CDU	Vertretung für Frau Simone Berkmann
---------------------	-----	-------------------------------------

Verwaltung:

Herr Raimund Gausmann		Beigeordneter
Frau Wiebke Gehrke		Leiterin Fachbereich 8
Frau Karolin Deiting		Praktikantin
Frau Annette Wiggers		Jugendamtsleiterin
Frau Andrea Atrott		Schriftführerin

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Frau Simone Berkmann	CDU	Sachkundige Bürgerin
----------------------	-----	----------------------

beratende Sachkundige Einwohner:

Herr Johannes-Michael Bögge		Sachkundiger Einwohner f. Familienbeirat
Herr Claus Meier		Sachkundiger Einwohner f. Beirat für Menschen mit Behinderung

Frau Dr. Hovestadt eröffnet die heutige Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Rheine.

Für die Erstellung der Niederschrift ist ein KI-Tool verwendet worden.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. SOZ/024/2025 über die öffentliche Sitzung am 26.03.2025

Es gibt weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche.

2. Informationen der Verwaltung

Herr Gausmann informiert, dass aufgrund der Arbeitsbelastung der Schriftführerin – mit Ausnahme des Tagesordnungspunktes 10 „Bezahlkarte für Flüchtlinge“ – lediglich ein Beschlussprotokoll erstellt werde.

Er verweist auf die bereitgestellten Informationen und gibt an:

- Der Kaufvertrag zwischen dem Caritasverband und der Kath. Kirchengemeinde St. Antonius, Außenstelle St. Marien, zum Erwerb einer Einrichtung mit 24 Plätzen für Menschen mit Behinderung sowie einem zusätzlichen Notplatz sei unterschrieben worden. Eine öffentliche Informationsveranstaltung sei für Juni 2025 vorgesehen.
- Der Wittekindshof feiere sein Richtfest am Freitag nach Fronleichnam.
- Insgesamt seien in den vergangenen 5 Jahren 40 Plätze geschaffen worden.

3. Einwohnerfragestunde

Es gibt keine Einwohnerfragen.

4. Informationen aus dem Integrationsrat

Es gibt keine Informationen aus dem Integrationsrat.

5. Informationen aus dem Beirat für Menschen mit Behinderung

Es ist keine Vertretung des Beirates für Menschen mit Behinderung anwesend.

6. Informationen aus dem Seniorenbeirat

Frau van Es berichtet über folgende Themen:

- Vortrag von Herrn Niehaus (EWG) über verschiedene Projekte
- Vortrag von Herrn Knuf aus Lengerich zum Projekt „Radeln ohne Alter“
- Arbeitsgruppe „Den Tod ins Leben lassen“ plant ein Projekt „Erste Hilfe im zweiten Lebensabschnitt“
- Veranstaltung im Oktober 2025 mit dem Familienbeirat zum Projekt „Trauerbegleitung mit Kindern“
- Arbeitsgruppe „Mobilität“ kümmert sich um Fußgänger und um Busanschlüsse

7. Informationen aus dem Familienbeirat

Es ist keine Vertretung des Familienbeirates anwesend.

8. Jahresbericht 2024 der Fachstelle für Wohnraumsicherung
Vorlage: 147/25

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt den Jahresbericht 2024 der Fachstelle für Wohnraumsicherung zur Kenntnis.

9. Jahresbericht 2024 - SGB XII
Vorlage: 154/25

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt den SGB-XII-Jahresbericht 2024 zur Kenntnis.

10. Bezahlkarte für Flüchtlinge
Vorlage: 148/25

Herr Gausmann erklärt, dass die Vorlage die Verwaltungsmeinung widerspiegele, und weist darauf hin, dass ein Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (**Anlage 1**) vorliege. Er führt weiter aus, dass verfahrenstechnisch nur dann eine Entscheidung durch den Rat erfolgen müsse, wenn sich der Sozialausschuss mehrheitlich gegen die Einführung der Bezahlkarte ausspreche oder den Rat um eine Entscheidung bitte. Andernfalls bleibe es bei der gesetzlichen Regelung, also der Einführung der Bezahlkarte.

Frau Lücke erklärt, dass die Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt hätten, von der Opt-Out-Regelung Gebrauch zu machen. Sie verweist auf den Antrag und äußert, dass die Bezahlkarte noch nicht ausgereift sei. Die angestrebten Ziele würden noch nicht gesichert erreicht, insbesondere fehle es an Schutz vor missbräuchlicher Nutzung. Zudem gebe es ethische Gründe. Es dürfe kein Generalverdacht gegen Asylbewerberinnen und -bewerber in den Raum gestellt werden; vielmehr müsse die Integrationsarbeit ernst genommen und ihnen mit einem positiven Menschenbild begegnet und Teilhabe ermöglicht werden. Bargeld ermögliche den Menschen, Teil der Gesellschaft zu sein – dies werde durch die Bezahlkarte eingeschränkt.

Herr Hewing bestätigt die Darstellung von Frau Lücke hinsichtlich des gemeinsamen Antrags. Der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei es wichtig, dass die Bezahlkarte angesichts bestehender Mängel zumindest vorübergehend nicht eingeführt werde. Er betont, dass eine Diskussion im Fachausschuss wichtig sei – unabhängig davon, ob der Rat mit der Entscheidung beauftragt werde.

Frau Dursun berichtet, dass das Thema „Bezahlkarte“ nicht auf der Tagesordnung des Integrationsrates gestanden habe, jedoch unter dem Punkt „Verschiedenes“ kurz angesprochen worden sei. Sie erklärt, dass der Integrationsrat beabsichtige, eine außerordentliche Sitzung zu diesem Thema einzuberufen. Ihrer Meinung nach bedeute die Bezahlkarte für Integrationsräte auf Bundesebene einen Rückschritt in die 1990er Jahre, da deren eigentliche Aufgabe sei, Zugewander-

te möglichst schnell zu integrieren. Sie halte die Bezahlkarte für eine Form der Diskriminierung, da sie mit Vorurteilen über Kriminalität verknüpft werde und ein schlechtes Bild von Deutschland vermittele.

Herr Azevedo merkt an, dass er aus der Sitzung des Integrationsrates nicht schließen könne, dass alle Mitglieder die Meinung von Frau Dursun teilten. Er betont, dass die CDU-Fraktion die mit der Bezahlkarte verfolgten Ziele unterstütze. Zudem halte er den Rat für das geeignete Gremium zur Entscheidung – auch, weil die Vorlage nach der letzten CDU-Sitzung veröffentlicht worden sei und dadurch Zeit zur Klärung offener Fragen gewonnen werden könne.

Frau Eggenkämper berichtet, dass das Thema sowohl bei den BfR als auch in verschiedenen von ihr vertretenen Vereinen zwiegespalten diskutiert worden sei. In der geplanten Form lehne sie die Bezahlkarte ab und unterstütze deshalb den Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Herr Gissel stellt klar, dass es bei der Bezahlkarte nicht um das Menschenbild gehe und niemand herabgewürdigt werden solle. Vielmehr sei sie ein wichtiges Instrument zur Bekämpfung von Schleuser- und Schlepperkriminalität. Die Bezahlkarte solle sicherstellen, dass staatliche Mittel für soziale Zwecke nicht durch Auslandsüberweisungen in kriminelle Netzwerke fließen; dazu müsse die Bargeldmenge reduziert werden. Er kritisiert jedoch die faktische Umsetzung, die durch deutsche Bürokratie kompliziert und unverständlich geworden sei. Dennoch halte er die Bezahlkarte für erforderlich. Er schlägt vor, dieses Thema erneut auf die Tagesordnung der nächsten Sozialausschusssitzung zu setzen – in der Hoffnung, dass sich bis dahin auf Bundes- und Landesebene etwas an der Ausgestaltung der Karte ändere. Er weist darauf hin, dass die Landes- und die Bundesregierung – einschließlich der GRÜNEN – die Einführung der Bezahlkarte beschlossen hätten, während die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Stadt Rheine gemeinsam mit der SPD-Fraktion einen Antrag gegen die Bezahlkarte eingebracht habe.

Herr Burmeister erklärt, dass die CDU-Fraktion die Zeit bis zur nächsten Ratssitzung nutzen wolle, um offene Fragen zu klären. Beispielsweise müsse der bürokratische Aufwand hinterfragt werden: Es ergebe keinen Sinn, für die laut Fallzahlen dargestellten 170 Betroffenen zwei zusätzliche Stellen in der Verwaltung zu schaffen, da die Personalkosten in keinem Verhältnis zu etwaigem Missbrauch von Transferleistungen stünden. Er führt weiter aus, dass er die 50-Euro-Bargeldgrenze, insbesondere für Familien, für zu niedrig halte, auch wenn sie im Einzelfall angepasst werden könne. Falls die heutige Kenntnisnahme die Einführung der Bezahlkarte bedeute, beantrage die CDU-Fraktion, die Entscheidung in den Rat zu verschieben.

Herr Ortel fragt, bis wann eine Entscheidung getroffen werden müsse.

Herr Gausmann erklärt, dass die Bezirksregierung bis Ende Juli 2025 eine Rückmeldung erwarte, ob die Stadt Rheine die Bezahlkarte einführe oder nicht. Inwieweit dieser Termin verbindlich sei, könne er nicht sagen. Die nächste Ratssitzung finde im Juli 2025 statt. Falls das Thema in der nächsten Sozialausschusssitzung erneut diskutiert werden soll, sei dies erst im September 2025 – nach den Kommunalwahlen – möglich. Daher plädiere er für eine heutige Diskussion mit dem Ziel, eventuellen Klärungsbedarf festzuhalten und den Rat um eine Entscheidung zu bitten. Auch im Sinne der betroffenen 170 Personen in Rheine, einige davon würden seit vielen Jahren hier leben, sei eine baldige Klärung wünschenswert, da sich mit Einführung der Bezahlkarte ihr Zugang zur gesellschaftlichen Teilhabe grundlegend ändere. Zudem benötige die Verwaltung Vorbereitungszeit.

Er bestätigt auf Nachfrage, dass keine Zustimmung zur gesetzlichen Regelung notwendig sei und die heutige Kenntnisnahme die Einführung der Bezahlkarte bedeute. Die Erprobungsphase der Bezahlkarte sei noch nicht abgeschlossen, sodass eine kommunale Einführung – abgesehen von Pilotkommunen – bis Ende Juli 2025 nicht umsetzbar sei. Flächendeckend werde die

Bezahlkarte bisher nur in Erstaufnahmeeinrichtungen eingesetzt, wo dies wegen des hohen Anteils an Sachleistungen einfacher sei.

Auf die Fragen von Frau Floyd-Wenke antwortet er, dass derzeit nicht absehbar sei, ob eine Ergänzungsvorlage erstellt werde. Dies hänge davon ab, ob die Verwaltung zur Ratssitzung noch etwas aufbereiten müsse oder ob direkt ein Beschlussantrag gestellt werde. Er schlägt folgende Formulierung vor:

1. Der Sozialausschuss nimmt die Informationen der Verwaltung zur Kenntnis.
2. Der Sozialausschuss nimmt den Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der der Niederschrift beigefügt wird, zur Kenntnis.
3. Der Sozialausschuss bittet den Rat, über die Einführung der Bezahlkarte am 8. Juli 2025 zu entscheiden.

Die Sitzung wird für eine Beratungspause von 10 Minuten unterbrochen.

Herr Hewing erklärt, dass die Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Antrag nicht zurückziehen und sich eine Beratung im Rat vorstellen könnten.

Frau Dr. Hovestadt lässt über den von Herrn Gausmann vorgeschlagenen Beschlussvorschlag abstimmen (siehe Beschluss).

Geänderter Beschluss:

1. Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen zur Bezahlkarte im Bereich des Asylbewerberleistungsgesetzes zur Kenntnis.
2. Der Sozialausschuss nimmt den Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der der Niederschrift beigefügt wird, zur Kenntnis.
3. Der Sozialausschuss bittet den Rat, über die Einführung der Bezahlkarte zu entscheiden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**11. Begegnungszentrum Mitte 51 - Beiratsbildung
Vorlage: 132/25**

Beschluss:

Der Sozialausschuss beschließt, die Besetzung des Beirates für das Begegnungszentrum Mitte⁵¹ entsprechend des in der Vorlage beschriebenen Besetzungsvorschlages und bittet die Verwaltung, die konstituierende Sitzung mit den benannten Personen einzuberufen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

12. Anfragen und Anregungen

Frau Abakar-Kadade erkundigt sich nach dem Verlauf von zwei Veranstaltungen bezüglich der Kandidatur für den Integrationsrat.

Frau Gehrke und Herr Murali geben Auskunft. Herr Gausmann ergänzt, dass die Bewerbungsfrist, wie zur Kommunal-, Bürgermeister- und Kreistagswahl, am 7. Juli 2025 ende.

Ende öffentliche Sitzung: 18:25 Uhr

Dr. Gertrud Hovestadt
Ausschussvorsitzende

Andrea Atrott
Schriftführerin